

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Februar 1928 bei tagl. zweimaliger Auslieferung (bei Haus 1,50 Mk., Postzusatz für Monat Februar 3 Mark ohne Postzusatzgebühren, Einzahlungsnummer 10 010000)

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Die einseitige 10 mm breite Zeile 35 Bg., für auswärts 40 Bg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Bg., außerhalb 25 Bg., die 10 mm breite Reklamzeile 200 Bg., außerhalb 250 Bg., Obergangsgebühr 30 Bg., Ausw. Zulagen gegen Vorauszahlung.

Veröffentlichung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/42
Druck u. Verlag von Leopold & Reichardt in Dresden
Verlags-Konto 1068 Dresden

Stadtredaktion: Nachrichten Dresden
Verlagsredaktion: Marienstraße 38/42
Telefon-Nr. für Nachrichten: 20011

Nachdruck nur mit deutscher Quellenangabe „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Wer Barmat war und wie Barmat wurde.

Beginn der Plädoyers im Barmat-Prozess. — Die Schweiz und die Völkerbundsverlegung.

Die Geschichte eines genialen Schwindlers.

Berlin, 6. Febr. Im Barmat-Prozess begannen heute die Plädoyers. Sämtliche Angeklagte sind zu dieser 107. Sitzung mit ihren Verteidigern erschienen. Auch der Untersuchungsraum ist voll besetzt. Als erster ergriff das Wort Oberstaatsanwalt Trautmann. Er führte u. a. aus: Wir gehen vor dem Abschluss des Barmat-Prozesses, des größten Prozesses in Deutschland überhaupt. Die Barmat-Affäre, das gesamte Geschehen des Jahres 1924 mußte aufgerollt und nachgeprüft werden. Die Barmatangelegenheit hat ungeheures Aufsehen im In- und Ausland erregt. Sie hatte auch politische Auswirkungen. Reichs- und Landtag haben Untersuchungs-Kommissionen eingesetzt. Wir hatten hier nur die Aufgabe, uns mit der strafprozessualen Seite zu befassen. Auch bei den Angeklagten Dr. Hoffe und Lange-Hegermann wurde deren prominente politische Stellung ausgeschieden.

Der Staatsanwalt ging dann auf die Vorgeschichte näher ein und erklärte: Der Nimbus des außerordentlich reichen Mannes, der Barmat um sich zu verbellten verstanden hatte, ist verbläht. Barmat steht heute in seiner wirklichen Größe da. Er würde seinem inneren Wesen nicht gerecht werden, wenn er die Konjunktur der Krieges, Inflations- und Deflationzeit nicht ausgenutzt hätte. Hier liegt der Schlüssel für die Motive seiner Handlungswelt. Der Oberstaatsanwalt schilderte dann die Entstehung von Barmats geschäftlichen Beziehungen zu Deutschland. Barmat wollte sich zu einem gewaltigen Wirtschaftsfaktor aufschwingen. Hier nahm die Affäre Barmat ihren Anfang.

Oberstaatsanwalt Dr. Trautmann gab dann eine Charakteristik von dem Hauptangeklagten, den er als einen ungewöhnlich klugen Geist und eine unbedürftliche Persönlichkeit in der Welt der Verlogenheit und spekulatorischer Energie kennzeichnete. Barmat habe die Eigenschaften, andere Menschen zu durchschauen und für seine Zwecke und Ziele nutzbar zu machen.

Er sei von einer ungeheuren Energie und Willenskraft, zu seinen Zielen zu gelangen.

Barmat habe es stets verstanden, die Konjunkturzeiten auszunutzen. In dieser seiner Eigenschaft sei der Schlüssel zu finden und auf diesem Wege könne man das Barmat-Problem lösen. Oberstaatsanwalt Trautmann schilderte dann, wie Barmat im Laufe der Jahre Gelegenheiten ergriffen habe, Lebensmittel für Deutschland zu liefern. Dieses Geschäft sei aber nur von kurzer Dauer gewesen, weil die Feinde es verblühten. Nach Beendigung des Krieges habe er seine Tätigkeit in Deutschland wieder aufgenommen und zu den Wirtschaftskriegern in der Welt gehört, die sich die Hochkonjunktur in einem ausgehungerten Lande zunutze machten. Barmat habe, als sich nach der Inflation eine Kapitalnot in Deutschland bemerkbar machte, sich dem Finanzmarkt als Geschäft zugewandt.

Barmat habe Kapital mit Zuchtszinsen bis zu 100 Prozent ausgedient.

Julius Barmat war damals der große Geldgeber, Herr des Barmat-Konzerns, und man fand kaum einen vor der angeblichen Millionenkraft dieses Wundermannes. Der Oberstaatsanwalt zeigte dann die Quellen des Barmatschen Geldes und nannte diese Institute, wie Preussische Staatsbank, Girozentrale usw., die Barmat Gelder geliehen hätten. Die von Barmat aufgenommenen Kredite hätten die Summe von über 38 Goldmillionen erreicht und wären noch höher gewesen.

Wiegen, wenn der Staatsanwalt nicht eingegriffen hätte. Man müsse die Frage aufwerfen, wie es überhaupt möglich war, diese Kredite aufzutreiben. Barmat sei es gelungen, sich als den Mann hinzustellen, der gewaltige Vermögen besaß. Alles war jedoch nur die gut aufgelegene Regie einer blendenden Fassade.

Mit 100 Goldmillionen sei Barmat von der deutschen Steuerbehörde veranlagt worden und habe selbst nur 844 000 Gulden besessen. Das Betriebskapital des ganzen Konzerns betrug nur einige tausend Gulden.

Was sind die gewaltigen Beträge ausländischer Kapitalien, die Barmat der deutschen Industrie und den Konzernen beigetragen haben? In Wirklichkeit sind nur 3, bis 4000 Gulden nach Deutschland gekommen.

Des weiteren betont der Oberstaatsanwalt, daß keineswegs die Verhaftung Barmats und das Eingreifen der Staatsanwaltschaft den Zusammenbruch des Konzerns zur Folge gehabt hätten, wie dies von Barmat und seiner Verteidigung behauptet würde. Der Konzern habe schon den Todesstoß in sich getragen und man müsse erkaunt sein, daß der Konzern, der Millionenbeträge geliehen habe, mit Papiermarktstrichen von einigen hunderttausend Mark gegründet worden sei. Der Zusammenbruch des Konzerns sei nur dadurch noch aufgehalten worden, daß der Reichspostminister Hoffe mit Reichsmitteln half und daß Barmat die Garantie für seinen Besitz brachte, in der er sich als Geldgeber unter neutraler Fiktion verstellte. Selten ist das Verhältnis von einer wirtschaftlichen Kraft und fremder Hilfe größer gewesen als bei Barmat. Der letzte Zweifel schwinde, wenn man sich den Ablauf des Konzerns vergegenwärtige, wie die Kredite immer höher und höher wuchsen. Der Zusammenbruch ist nicht auf das Eingreifen der Staatsanwaltschaft zurückzuführen. Der Konzern war längst reif zum Zusammenbruch. Oberstaatsanwalt Trautmann führte dann zum Beweis dafür die Zeugenaussagen an, sowie die Angaben des verstorbenen Reichspostministers Hoffe, aus denen hervorgehe, daß man im Herbst 1924 schon Bedenken und Sorgen um den Konzern hatte.

Dies gehe auch aus verschiedenen Briefen Barmats und seiner Brüder hervor, die Oberstaatsanwalt Trautmann zitierte. Trotz der ungeheuren Gelder, die Barmat aufnahm, seien fast keine Zinsen von ihm gezahlt worden. Die Kreditbeschaffung in diesem Ausmaße sei nur dadurch möglich gewesen, daß Barmat selbst seine Kredite garantierte, seine Untersuchungen selbst bewerkstelligte und selbst Auskünfte über sich und seine Konzernfirmen erteilte. Daraus ergibt sich, so betonte der Oberstaatsanwalt, daß der Aufbau des Konzerns in seinem phantastischen Ausmaße nur durch strafbare Handlungen möglich gewesen sei, und zwar durch Betrug, Untreue und Bestechung.

Darauf ergriff als zweiter Vertreter der Anklage Oberstaatsanwalt Dr. Naasch das Wort. Er befaßte sich insbesondere mit der Verbindung Preussische Staatsbank-Barmat-Konzern. Dr. Naasch betonte, daß Barmat nicht die geringste Kenntnis von den seinen Bank- und Börsenfragen hatte. Er hatte keine Ahnung von industriellen Werken und kannte nicht die Zusammenhänge, die man beim Aufbau eines Konzerns beobachten muß. Er habe auch nicht die richtigen Mitarbeiter gehabt und auch nicht finden können.

Amerikas Schachzug gegen die U-Boot-Waffe.

Der wahre Grund: Japans Ueberlegenheit.

(Durch Funkdruck.)

London, 6. Febr. Die „Times“ befaßt sich mit der Erklärung des Staatssekretärs Kellogg, daß die Regierung der Vereinigten Staaten gewillt sei, mit allen Mächten einen Vertrag abzuschließen, durch den die Benutzung von Unterseebooten verboten wird. In dieser Erklärung steht das Wort „unabhängigen Fortschritt in der Aufschaffung der amerikanischen Regierung seit der Washingtoner Konferenz. Damals habe Großbritannien die völlige Abschaffung der Unterseeboote vorgeschlagen, während Amerika nur eine Begrenzung beantragt habe. Lord Balfour habe sich damals überzeugen müssen, daß seine Hoffnungen auf Unterstützung des britischen Vorschlages fehlerhaft seien. Leider sei auch heute keine Hoffnung auf eine allgemeine Unterzeichnung der amerikanischen Anregung vorhanden. Der damalige britische Vorschlag sei nicht von Frankreich, Japan und Italien abgelehnt worden. Frankreich und Italien hätten das Unterseeboot als notwendig für die nationale Verteidigung erklärt. Heute sei es ebenfalls. Die kleineren Seemächte hätten ihre Unterseebootskräfte seit dem Kriege ständig vergrößert. Wenn in der Haltung dieser Nationen ein Wechsel eintrete, dann würde die Abgrenzung sicher folgen, aber gegenwärtig seien keine Anzeichen dafür vorhanden.

„Daily Telegraph“ schreibt, es sei unklar, Kelloggs Erklärung über die Abschaffung der Unterseeboote zum Teil Bedeutung beizumessen. Seit der Washingtoner Konferenz von 1921 habe sich die Lage bezüglich der Unterseebootskräfte zum Nachteil der Vereinigten Staaten geändert. Japan besitze jetzt viel mehr große Unterseeboote als die Vereinigten

Staaten. Angesichts der Unterseebootsstärke der Großmächte scheine die Aussicht, daß die Unterseebootsfrage ausgegeben werde, nicht sehr hoffnungsvoll. Die Angriffsstärke der Unterseeboote bestehe unermindert fort. Die Zahl der im Bau befindlichen Boote übersteige die Zahl der Unterseeboote, die vor dem Kriege gebaut wurden. (W.T.)

Reichswehrministerium und Schreck-Prozess.

(Durch Funkdruck.)

Berlin, 6. Febr. Gegenüber Blättermeldungen, wonach der Ausschluß der Öffentlichkeit im Schreck-Prozess auf Wunsch des Reichswehrministeriums erfolgt sei, wird den Blättern mitgeteilt, daß das Reichswehrministerium im Gegenteil darauf hingewirkt hat, daß die ganze Verhandlung öffentlich sein sollte.

Wie weiter mitgeteilt wird, ist die Aussage des Obersten v. Bonin im Schreck-Prozess in der verkürzten Wiedergabe in manchen Zeitungen irreführend. In der Abteilung des Obersten sind Akten oder Aktenblätter nicht verlorengegangen. Der Oberst ist nur gefragt worden, ob er unter seinem Eid auszusagen könnte, daß es unmöglich wäre, daß der Angeklagte Einblick in amtliche Schriftstücke des Reichswehrministeriums bekommen hätte. Daraus hat der Oberst wahrheitsgemäß ausgesagt, er halte das nicht für unmöglich weil seit Gründung des Reichswehrministeriums Papiere vermisst worden sind. Es sind dann im Reichswehrministerium Schutzmahregeln eingeführt worden, und seitdem sind Schriftstücke nicht mehr abhanden gekommen. (W.T.)

Albanische Blutrache.

Der Anschlag gegen Hassan Bei in Wien.

Wien, 4. Februar.

Wieder einmal war Wien, diese Pforte des Orients, zum Balkankriegsschauplatz ausersehen. Wien, die großartige Donaumetropole, ist schon seit Jahren auch der Sammelpunkt zahlreicher Elemente aus dem Osten Europas, insbesondere aus dem dunklen und düsternen Balkan, geworden. Teils Emigranten, die vor den gegenwärtigen Mächtern in ihrer Heimat flüchteten, teils Emigranten dieser Mächter, die die Flüchtlinge verfolgten. Mit echt balkanischer Ungeniertheit übertragen diese Elemente ihre heimischen Fehden auf Wiener Boden und scheuen sich nicht, auf diese Weise das heilige Asylrecht zu schänden. Die Wiener Lokalgeschichte der Nachkriegszeit ist reich an Beispielen blutiger Austragungen von Balkanfehden und Blutrachen, bei denen oft die Mächter in der Heimat mehr oder minder offenkundig die Hände im Spiele hatten. Wir erinnern nur an den Mord, den die junge Mazedonierin Rencia Carnicli im Wiener Burgtheater an dem mazedonischen Autonomistenführer Fodor Panjica verübt hat. Daß die so großartige Wiener Bevölkerung durch solche Schreckensfälle ausländischer Elemente auf schwere Beunruhigung wird, kummert diese Albaniker natürlich nicht.

Dieses traurige Kapitel sollte jetzt durch ein neues blutiges Blatt bereichert werden. Wien sollte abermals zum Schauplatz eines politischen Mordanschlages balkanischer Herkunft werden; der aber zum Glück im letzten Augenblick vereitelt werden konnte. Die Quelle des geplanten Verbrechens entstammt diesmal dem algerdunkelsten Europa, seinem jüngsten Balkanstaate Albanien: Die Wiener Polizei verhaftete am 1. Februar den tags zuvor aus Tirana zugereisten 34jährigen Ibrahim Vica aus Krusja in Albanien. Vica war nach Wien mit dem Auftrage gekommen, den seit mehreren Monaten hier lebenden ehemaligen albanischen Ministerpräsidenten Hassan Bei Prishtina zu ermorden. Ibrahim Vica behauptete bei seiner polizeilichen Vernehmung, daß er in seiner Heimat gedungen worden sei, nach Wien zu reisen, um hier ein Attentat gegen Hassan Bei Prishtina zu verüben. Er will, aber von Anfang an entschlossen gewesen sein, die ihm auftragene Tat nicht auszuführen. Die ihm übergebene Waffe habe er schon während der Seefahrt ins Meer geworfen. Tatsächlich wurde eine Waffe weder bei ihm noch in seinem Unterstande vorgefunden.

Ibrahim Vica, der früher Polizist und dann eine Zeitlang Gemeindevorsteher von Preza war, ist nach seiner Darstellung von drei maßgebenden Persönlichkeiten persönlich mit der Aufgabe betraut worden, Hassan Bei zu ermorden. Die drei Auftraggeber sollen nach der Behauptung des Verhafteten sein: der Präsident von Albanien Ahmed Zogu (I), Gani Beg Krucjin, der Bruder des in Prag ermordeten Jena Beg, und der Italo-Albaner Terencio Vogel, der ehemalige Sekretär Nicotiti Garibaldi. Präsident Ahmed Zogu habe ihm, Ibrahim Vica, eingeredet, Hassan Bei sei ein Verräter und Feind Albanien, und es sei eine patriotische Tat, diesen Mann zu erschließen. Ahmed Zogu habe ihm Straffreiheit zugesichert und ihm versprochen, er werde ihm im Falle seiner Verhaftung zur Verfügung stehen. Ferner habe der albanische Staatschef ihm eine Intervention der italienischen Regierung versprochen. Nach drei Wochen werde Vica seine Freiheit wiedererlangen, worauf er nach Albanien zurückkehren solle, wo ihm Ahmed Zogu, ebenso wie dem Mörder des Ministers Gurrakuchi, einen Monatsgehalt von 30 Napoleondor bezahlen werde. Zogu habe ihn auch dahin instruiert, bei einer eventuellen Verhaftung zu erklären, es handle sich um Blutrache für die Ermordung Jena Begs.

Gani Beg Krucjin habe ihm seine Visitenkarte und die Adresse des albanischen Gesandten in Wien Pascale Saraceti mit dem Auftrage übergeben, diesen in Wien aufzufuchen. Mit den von den drei Auftraggebern erhaltenen Geldmitteln habe sich Vica nach Wien. Am 1. Februar habe Vica siebenmal in einem Kaffeehaus auf der Wieden, wo die Albaner regelmäßig verkehren, nach Hassan Bei Prishtina gesucht, der aber durch einen Zufall nicht anwesend war. Vica kam mit anderen Albanern in ein Gespräch, in dessen Verlauf er sich so verächtlich machte, daß die Albaner seine Verhaftung veranlaßten.

Hassan Bei Prishtina, der frühere albanische Ministerpräsident, ist ein alter Widerstandskämpfer Ahmed Zogus. Er hat als Balkan-Condottiere in unzähligen Balkankämpfen gefochten. Hundertmal ist dieser alte Albanerführer schon totgesagt gewesen. Zuletzt mußte er vor den Verfolgungen Ahmed Zogus flüchten. Ein Bruder Hassan Beis ist durch Mordhand gefallen.

Aufhebung der griechisch-bulgarischen Grenzüberwachung.

Paris, 6. Febr. Die Gavas aus Sofia meldet, haben die griechische und die bulgarische Regierung beschlossen, die Überwachung ihrer Grenzen aufzuheben. Der vom Völkerbund beauftragte schwedische Oberst Siefert wird daher Bulgarien verlassen. Oberst Siefert wurde aus diesem Anlaß vom bulgarischen König empfangen, der ihm eine höhere Auszeichnung verlieh.

11 el igen